

Medienkonferenz des Seco zum 15. Bericht des Observatoriums zum FZA zwischen der Schweiz und der EU vom 1. Juli 2019

Es gilt das gesprochene Wort

Bedarfsgerechte Zuwanderung begünstigt den strukturellen Wandel der Schweizer Wirtschaft

Roland A. Müller, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Auch der 15. Observatoriumsbericht zeigt das nahezu symbiotische Ineinandergreifen des Bedarfs des Schweizer Arbeitsmarkts nach Fachkräften und der Zuwanderung als Folge des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA) mit der Europäischen Union. Der Bericht belegt auch die Bemühungen der Schweizer Arbeitgeber, das inländische Arbeitskräftepotenzial auszuschöpfen.

Demografie fordert Wirtschaftsstandort Schweiz heraus

Der demografische Wandel und die mit der Digitalisierung zunehmenden Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte stellen die Schweizer Wirtschaft bei der Stellenbesetzung vor Herausforderungen. Dies zeigt die Relevanz der Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, wie sie der Bundesrat am 15. Mai 2019 vorgestellt hat. Wichtig bleibt für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen aber auch der Zugang zu Know-how und damit Fachkräften aus EU-/EFTA- sowie Drittstaaten. Somit ist die Personenfreizügigkeit für die Schweizer Wirtschaft zur Bewältigung dieses Strukturwandels zentral. Mit der nun aktuellen Begrenzungsinitiative steht jedoch ein brandgefährliches Politikum im Raum, das die Personenfreizügigkeit bedingungslos kündigen möchte und die Beziehungen zur Europäischen Union gefährdet.

Erlauben Sie mir, nun einige arbeitgeberrelevante Details aus dem aktuellen Bericht zu den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungen zu vertiefen:

Keine Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte

Der im Schweizer Arbeitsmarkt seit längerem anhaltende Anstieg der Erwerbsquote ist ein wichtiges Indiz dafür, dass keine Verdrängung der inländischen Arbeitskräfte durch die Zuwanderer nachweisbar ist. Im Gegenteil: Seit 2010 hat die Schweizer Wirtschaft rund 600'000 zusätzliche Stellen geschaffen.

Trotz der unterschiedlichen regionalen Betroffenheit fördert der Seco-Bericht gesamtschweizerisch keine grösseren Unterschiede bei Löhnen zwischen FZA-Zuwanderern und Einheimischen zutage. Er zeigt, vielmehr, dass das Lohnwachstum in der Schweiz in den letzten Jahren über alle Branchen der Lohnverteilung ausgeglichen erfolgte. Der Observatoriumsbericht

bestätigt, dass von der Zuwanderung der letzten Jahre kein signifikanter Lohndruck ausging, was sowohl durch die Schutzmassnahmen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Flankierenden Massnahmen (FlaM) als auch mit den höheren Qualifizierungen im Schweizer Arbeitsmarkt begründet werden kann.

Im Ergebnis lässt sich demnach festhalten, dass die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern aus dem EU-/EFTA-Raum gut funktioniert und gemäss Seco-Bericht nicht auf Kosten der übrigen Schweizer Bevölkerung erfolgt.

Know-how der Zuwanderer stärkt Schweizer Arbeitsmarkt

Vielmehr lässt sich dem Bericht entnehmen, dass die vom Schweizer Arbeitsmarkt gesuchten Kompetenzerfordernisse nur mit inländischen als auch ausländischen Fachkräften ergänzend gedeckt werden können. Denn, so zeigt es der Bericht, die im Rahmen des FZA eingewanderten Personen aus Nord-, West- und Osteuropa weisen zu einem markant höheren Anteil eine Tertiärausbildung auf.

Im Sozialversicherungsbereich wirkte sich die Zuwanderung auf das Umlageergebnis der ersten Säule positiv aus. Wie andere Industriestaaten bekommt die Schweiz den Megatrend einer alternden Gesellschaft mitsamt den Auswirkungen auf die Altersvorsorge zu spüren. Die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung verschlechtert das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern massiv: Zwischen 2015 und 2040 wird sich gemäss des massgebenden Bevölkerungsszenarios des Bundesamts für Statistik die Zahl der Rentner von 1,5 auf 2,6 Millionen erhöhen. Die Zahl der Jungen bis Lebensalter 19 wird derweil lediglich von 1,7 auf 1,9 Millionen steigen. Dadurch wird die Finanzierung der Renten auf immer weniger Schultern verteilt, was auch in diesem Bereich die Bedeutung der Zuwanderung unterstreicht.

Bilaterale Verträge und Personenfreizügigkeit nicht aufs Spiel setzen

Know-how, Wettbewerbsfähigkeit, demografische Herausforderungen: Die angesprochenen Punkte zeigen, wie vital der Erhalt der Bilateralen Verträge inklusive der Personenfreizügigkeit für eine kleine, offene Volkswirtschaft wie die Schweiz mit einem funktionierenden und flexiblen Arbeitsmarkt ist. Das setzt geordnete Beziehungen zur EU voraus. Der Schweizerische Arbeitgeberverband warnt deshalb eindringlich davor, mit der «Kündigungsinitiative» ein leichtsinniges Experiment zu wagen, das den zukünftigen Wohlstand der Schweiz aufs Spiel setzt.

Kontakt:

Roland A. Müller, Direktor, 079/220 52 29
roland.mueller@arbeitgeber.ch

Simon Wey, Chefökonom, 079/171 73 17
wey@arbeitgeber.ch